

Predigt im Universitätsgottesdienst am 25. 4. 2004

Predigttext: Mt. 22, 15-22

1. „Da gingen die Pharisäer hin und hielten Rat, wie sie ihn in seinen Worten fangen könnten; und sandten zu ihm ihre Jünger samt den Anhängern des Herodes. Die sprachen: Meister, wir wissen, daß du wahrhaftig bist und lehrst den Weg Gottes recht und fragst nach niemand; denn du achtest nicht das Ansehen der Menschen. Darum sage uns, was meinst du: Ist's recht, daß man dem Kaiser Steuern zahlt oder nicht? Als nun Jesus ihre Bosheit merkte, sprach er: Ihr Heuchler, was versucht ihr mich? Zeigt mir die Steuermünze! Und sie reichten ihm einen Silbergroschen. Und er sprach zu ihnen: Wessen Bild und Aufschrift ist das? Sie sprachen zu ihm: Des Kaisers. Da sprach er zu ihnen: So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist! Als sie das hörten, wunderten sie sich, ließen von ihm ab und gingen davon.“

Liebe Hochschulgemeinde, dass man jemandem eine Falle stellt, indem man ihn auf die Steuern anspricht, dass ist auch für uns unmittelbar einleuchtend. Die anhaltende Diskussion um die Steuerpolitik der Regierung hat uns allen deutlich gemacht, wie vertrackt die damit verbundenen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen sind. Die Gleichung: höhere Steuern = höhere Verteilungsgerechtigkeit und Steuersenkungen = Bevorteilung der Besserverdienenden stimmt in Zeiten lahmenden Wirtschaftswachstums und hoher Arbeitslosigkeit offenbar nicht mehr so einfach wie lange angenommen. Aber wie genau es nun statt dessen auszusehen hat, wie hoch der Eingangs- und der Spitzensteuersatz sein soll, ob die Steuererklärung auf einen Bierdeckel passen soll oder ob eine solche Reform wegen unabsehbarer Kosten illusorisch ist – wer könnte – gleich ob Steuer zahlender Bürger oder Politiker – mit solchen Fragen nicht aufs Glatteis geführt werden?

Täuschen wir uns dennoch nicht: die Situation, vor die uns der Predigttext stellt ist trotz der offenbar unausrottbaren Aktualität des Steuerthemas für uns eine sehr fremde. Denn ganz gleich welche Gründe wir für oder gegen eine bestimmte Steuerpolitik ins Feld führen

würden, auf einen Gedanken jedenfalls würden die meisten von uns wohl kaum kommen: hier nämlich eine spezifisch religiöse Entscheidungssituation zu sehen. Eine Fangfrage ist die Frage nach der Steuer in der Tat auch heute – aber eine Fangfrage für Politiker und für Wirtschaftsleute. Bischöfen, Theologen überhaupt stellt man andere Arten von Fangfragen, und wenn diese schon mit Steuern zu tun haben, dann höchstens mit der Kirchensteuer. Wenn wir das Steuerthema als Illustration des Verhältnisses von Religion und Politik sehen wollen, dann scheint es heute zunächst und vor allem eines anzuzeigen: wie weit nämlich für unser Bewusstsein politische Fragen ganz selbstverständlich außerhalb dessen stehen, worum es bei der Religion geht. Wir nehmen zwar zur Kenntnis, dass es einige wenige gibt, die unverbesserlich sich dieser Einsicht verweigern, aber gerade der Eindruck dieser Randgruppen bestärkt uns in der liberalen Grundeinstellung, dass eine Bereichstrennung auf diesem Gebiet mehr als in anderen angebracht ist, dass es letztlich eine Entlastung beider Bereiche bedeutet, wenn wir für die Entscheidung über die Steuern politische und ökonomische Erwägungen anführen und unsere religiösen Überzeugungen dort hintragen, wo sie hingehören. Dass wir also, wie wir fast sprichwörtlich sagen, dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.

2. Und haben wir nicht auf diese Weise tatsächlich die Lektion unseres Predigttextes gelernt? Ist nicht genau dies die Antwort, die Jesus denjenigen auf den Weg gibt, die meinen, aus jeder politischen sogleich eine religiöse und theologische Fundamentalfrage zu machen? Erkennen wir nicht in den Fundamentalisten von heute die Zeloten von damals wieder, die jenes „dem Kaiser geben, was des Kaisers ist“ gerade nicht verstanden und einen Aufstand nach dem anderen anzettelten, nicht zuletzt aus Anlass der ihnen auferlegten Steuern?

Daran ist vieles richtig. In einem Land wie dem unsrigen, in dem Menschen ganz verschiedener religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse in einem Gemeinwesen zusammenleben, ist es schon allein ein Gebot politischer Notwendigkeit, dass politische und wirtschaftliche Entscheidungen primär als solche und nicht mit Verweis auf religiöse Gründe

vorgetragen werden. Denn was würde es bedeuten, wenn der Bundesfinanzminister erklären würde, seine Vorstellungen über die Besteuerung entstammten seinem evangelischen Bekenntnis, oder wenn umgekehrt der Finanzexperte der Opposition seine abweichenden Ansichten mit seiner Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche begründen würde? Was würde das bedeuten für die Angehörigen der jeweils anderen Großkirche und – mehr noch – für die vielen Menschen, die einen Anspruch auf politische Repräsentation haben ohne zu einer der großen Kirchen zu gehören?

Und doch – so wichtig dieser Gesichtspunkt für das pragmatische Arrangement des friedlichen Miteinanders der Menschen in unserer Gesellschaft sein mag, der eigentliche Grund, warum wir als Christen uns zu so einer Haltung zu den staatlichen Institutionen verstehen, kann nicht in dieser Überlegung zu finden sein. Wenn wir uns einen Zustand nicht wünschen, in der jede politische Entscheidung automatisch einen religiösen Hintergrund hat, dann gibt es dafür nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie, politische Gründe, sondern dann gibt es dafür Gründe, die direkt mit unserem Glauben zusammenhängen. Denn wir empfinden, dass es ein Missbrauch des Glaubens wäre, aus jeder politischen Entscheidung eine Frage des religiösen Bekenntnisses zu machen. Dass, wer solches täte, sich nicht nur, vielleicht nicht primär, politisch unklug verhielte, sondern dass dieser sich geradezu gegen das stellt, was vom christlichen Glauben gefordert wird. Und dieses Empfinden ist völlig berechtigt. Tatsächlich ist eine unmittelbare politische Funktionalisierung der Religion zunächst einmal ein Missbrauch des christlichen Glaubens. Denn diesem wird – und darauf beruht auch unser Empfinden in diesem Zusammenhang – eine *Funktion* zugewiesen, er wird gebraucht, um bestimmte Zwecke zu erreichen, die ursprünglich wenig oder nichts mit ihm zu tun haben. Er wird – in einem Wort – zur Ideologie gemacht.

Der eigentliche Grund für die Trennung von Religion und Politik, wie sie im säkularen Staat vollzogen ist, stammt also für Christen aus dem christlichen Glauben selbst. Wenn wir uns das klar machen, dann kommen wir dem Verständnis des Satzes Jesu in unserem Predigttext

einen Schritt näher. In dem Satz: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, Gott aber, was Gottes ist, wird der erste durch den zweiten Teil bestimmt. Wir können dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, weil und soweit wir wissen, was Gottes ist. Was aber ist „Gottes“?

3. Man muss nur etwas über den Satz Jesu nachsinnen, um zu merken, dass da nicht einfach zwei selbständige Bereiche gegeneinander abgegrenzt werden. Gott geben was Gottes ist: das ist sicher nicht nur das, was übrig bleibt, wenn die anderen Ansprüche, die Staat, Gesellschaft und wer weiß wer noch an uns haben, abgegolten sind. ... was Gottes ist: das ist ja alles! In der Passionserzählung des Johannesevangeliums, die viele von uns in den letzten Wochen wieder einmal in der wunderbaren bachschen Vertonung gehört haben, sagt Jesus zu Pilatus, dem politischen Machthaber: Du hättest über mich keine Macht, wenn sie dir nicht von oben gegeben wäre (19,11). Gott geben, was Gottes ist, das kann dann also nicht heißen: beten, sonntags gelegentlich in die Kirche gehen und abgesehen davon „dem Kaiser geben, was des Kaisers ist“. Nein: in dem Satz Jesu steckt, genau besehen, eine radikale Forderung, die unser ganzes Leben betrifft. Gott geben, was Gottes ist: das tun wir nur, wenn wir uns in unserer ganzen Existenz auf ihn beziehen, auf ihn hin ausrichten. Das aber schließt den Bereich des Politischen gerade nicht aus, sondern ein. Gerade auch in unserem politischen Dasein, wie immer es im Einzelnen sich darstellt, sind wir Christen und sollen als solche Gott geben, was Gottes ist.

Wie aber tun wir das? Bekommen so am Ende doch wiederum die Fundamentalisten Recht, die aus jeder politischen Entscheidung eine religiöse und theologische Grundsatzfrage machen? Nein, sondern wir geben in der Politik Gott, was Gottes ist, indem wir die uns in diesem Bereich anvertraute Aufgabe so gut lösen wie wir das vermögen, weil wir in ihr den Auftrag sehen, den Gott hier an uns stellt. Indem wir z.B. unter Aufbietung der uns jeweils gegebenen politischen Klugheit und dem uns zur Verfügung stehenden ökonomischen Sachverstand nach der für das Gemeinwesen besten Regelung in der Steuerpolitik suchen. Mit unserer politischen Klugheit und unserem ökonomischen Sachverstand geben wir „dem

Kaiser was des Kaisers ist“. Indem wir verstehen, dass wir auf diesem Weg immer auch Gottes Auftrag ausrichten und auf seine Hilfe angewiesen sind, geben wir gleichzeitig Gott, was Gottes ist.

4. Eine völlige Trennung von Religion und Politik kann es danach also gar nicht geben.

Unsere Zurückhaltung religiöse Argumente in politischen Diskursen zu gebrauchen hat vielmehr gute religiöse und theologische Gründe für sich. Zeigt sich der christliche Glaube in der Politik aber nur dadurch, dass pragmatisch gute, also kompetente Arbeit als Auftrag Gottes verstanden wird? Und umgekehrt: was bedeutet es für die pragmatisch orientierte, politische Tätigkeit, dass sie als Auftrag Gottes verstanden wird? Ein solches Selbstverständnis muss sich daran beweisen, wie gehandelt wird, es muss sich am Geist ausweisen, in dem wir solche Tätigkeiten verrichten. Ist der letzte Sinn unseres Tuns der eigene Erfolg? Die Niederlage und die Demütigung des Gegners? Der Beweis, schon immer recht gehabt zu haben? Oder handeln wir in dem Bewusstsein eine Aufgabe zu haben, der wir gerecht werden sollen? Fühlen wir uns durch etwas verpflichtet, das Beste zu geben was wir haben? Suchen wir nach der für alle besten Lösung oder nach der jeweils für uns bequemsten? Wer von uns wird zuversichtlich hier: ja und dort: keinesfalls sagen? Die Gegner Jesu in unserem Predigttext fragen ihn nach seiner Ansicht über die Steuern des Kaisers. Sie fragen ihn, so berichtet der Text, nicht, weil sie seine Meinung hören wollen, um gemeinsam nach der richtigen Lösung zu suchen, sondern sie fragen ihn, weil sie ihn hereinlegen wollen. Der Geist, in dem sie ihre Frage stellen, wird durch Jesu Antwort zurückgewiesen: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, Gott aber, was Gottes ist. Diese Antwort gibt uns nicht die Ideallösung für die drängenden Fragen der Steuerpolitik an die Hand. Wir folgen Jesu Hinweis, indem wir politische Fragen stellen, um sie gemeinsam durch Gebrauch unserer jeweiligen Kompetenzen und Fähigkeiten zu lösen, nicht um anderen Fallen zu stellen.